

Verantwortlicher Redakteur: A. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: A. Graumann in Stettin, Kirchplatz 8-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich: durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf., mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neuenblatt 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Beihilfen für hilfsbedürftige Kriegsteilnehmer.

Bezüglich des Beschlusses der Budget-Kommission des Reichstags, die Beihilfen für hilfsbedürftige Kriegsteilnehmer von 1800 000 Mark auf 2 760 000 Mark zu erhöhen, hebt die „Nat.-Lib. Corr.“ hervor, daß eine von der Kommission angenommene Resolution Hamacher, welche einen andern Verteilungsmaßstab als den bisherigen anregt, in die Buzel der Unzulänglichkeit des bisherigen Verteilungsmaßstabes greife; die Korrespondenz schreibt u. a.: „Das Gesetz vom 23. Mai 1895 bestimmt: Aus den Zinsen des überschüssigen Kapitals des Reichs-Kassenfonds werden 1,8 Millionen bereitgestellt. Bedarfs-Gewährung von Beihilfen an solche Personen des kriegsbedürftigen und Invalidenstandes des Meeres und der Marine, welche an dem Festzuge von 1870-71 oder an den von deutschen Staaten vor 1870 geführten Kriegen ehrenvollen Anteil genommen haben und sich wegen dauernder, gänzlicher Erwerbsunfähigkeit in unterstützungsbedürftiger Lage befinden.“ Die Beihilfen betragen je 120 Mark. Diese 1,8 Millionen sind bisher nach der Kopfzahl der Bevölkerung der Bundesstaaten auf diese zur Verteilung gelangt, und in Preußen selbst wieder auf Provinzen und Bezirke mechanisch verteilt worden. Ungefähr 6-8000 Mark sind zurückgekommen; in einzelnen Staaten, wo mehr Bedürftige waren, als die überwiesene Quote berücksichtigte, sind viele Unterstützungsbedürftige nicht zu dem Gehorsam gelangt, während andererseits frühere Kriegsteilnehmer, da mehr Geld als Hilfsbedürftigen vorhanden war, auch wenn sie noch im Gewerbe sich befanden, den Ehrensold erhalten haben. Aber mehr als das Eine noch das Andere entspricht dem Zweck des Gesetzes. Ein Verteilungsmodus aber, der nicht mechanisch nach der Kopfzahl, sondern wirklich ausschließlich den Bedürftigen und Berechtigten den Ehrensold zuwendet, kann nur auf dem Wege der Gesetzgebung erfolgen. Im Nachhinein handelt es sich mit dem angeführten Beschlusse der Budgetkommission in der Sache nicht um Erhöhung eines Ausgabenpostens, sondern um die Korrektur eines Rechenfehlers. Die Regierung hatte für den Ausgabenposten mit 15 000 Empfangsberechtigten gerechnet, während sie selbst in der Kommission sagte, mehr als 23 000 Berechtigte vorhanden sind. Demgemäß verlangt der Kommissionsbeschluss die Einstellung einer Summe von 23 000 x 120 anstatt der irrthümlich von der Regierung präsumierten Summe von 15 000 x 120 Mark.“

Formell liegt die Sache so, daß das Gesetz von 1895 für den hier in Rede stehenden Zweck ausdrücklich die Summe von 1 800 000 Mark für das Etatsjahr 1895-96 festsetzt und weiter bestimmt: „Für die spätere Zeit müssen die jeweils erforderlichen Bedarfsmittel aus den Reichskassenschatzmitteln bestritten werden.“ ohne daß zwingende Normen für die Bemessung des Bedarfs gegeben werden. Es ist deshalb staatsrechtlich nichts daran zu ändern, daß der Reichstag durch Eingetragung eines höheren Betrags, als die Regierung für verwendbar hält, sie nicht zur Verwendung desselben nötigen kann; er kann sie höchstens dazu ermächtigen. Ob der bisherige Verteilungsmaßstab zu ändern ist, das ist eine Frage für sich; die ganze Konstitution des Gesetzes von 1895 ist nicht unbedenklich. — Im Zusammenhang mit diesen Erörterungen berichtet die „Nat.-Lib. Corr.“:

„Es ist bisher immer üblich gewesen, daß die Berichterstatter der Budgetkommission des Reichstags bei den Vorberathungen über die einmaligen Ausgaben sich mit den Ressortvertretern darüber verständigten, welche Ausgaben als weniger dringlich allenfalls zurückgestellt werden könnten. Der Kriegsminister von Goltz machte nun Freitag in der Budgetkommission beifällig darauf aufmerksam, daß, wenn dies nicht geschehe, durch Zufallsmajorität gerade am unrichtigen Orte Gelder werden könnten; am besten wäre es, wenn die Deeresverwaltung zuvor davon wüßte, wie viel ungefähr abgesetzt werden solle, um dann die Titel bezeichnen zu können, bei denen eine Zurückstellung am wenigsten Verlegenheiten brähe. Der Abg. Dr. Lieber hielt nun offenbar den Moment für eine große Staatsaktion gekommen. Unter Hinweis auf den jüngsten preussischen Staatsministerialbeschluss begann er, daß auch „Bundesrathsrath mit staatsrechtlich ungenötigtem Wasser gefochte“ werde. Denn bisher seien Titel des Staats als „Vorlage der verbündeten Regierung“ gleichmäßig behandelt worden, während jetzt der Kriegsminister selber in der „Ausschüttung“ für sich den Vortritt haben werde. Daraus wurde eine lange Debatte; aber es kam nichts dabei heraus, da Alles beim Alten blieb. Die Titel wurden der Reihe nach durchberathen, während unterdessen die Berichterstatter ihre hinausgeschoben werden konnte, thätig in der Tasche zu haben schienen. Bisher sind 2,7 Millionen Mark vom Extraordinarium des Meeres- etats abgesetzt worden.“

Aus dem Reich.

Der Kaiser ist gestern Abend 8 Uhr nebst Gefolge mittelst Sonderzuges in Kiel eingetroffen. Am Bahnhof waren Prinz Heinrich von Preußen, der Erbprinz von Sachsen-Meiningen, sowie der Großherzog von Oldenburg zur Begrüßung erschienen. Der Kaiser fuhr alsbald unter den kaiserlichen Surrogaten der zahlreichen, zusammengeströmten Bevölkerung ins königliche Schloss, während die im Hafen liegenden Kriegsschiffe Salutsschüsse abgaben. — Wie verlautet, soll die Verlobung des Erbprinzen von Sachsen-Roburg und Gotha mit der Prinzessin Feodora von Sachsen-Meiningen demnächst veröffentlicht werden. Der Erbprinz Alfred ist im Oktober 1874 geboren. Prinzessin Feodora ist das einzige Kind des Erbprinzen von Sachsen-Meiningen, welches seiner Ehe mit der Prinzessin Charlotte von Preußen, der ältesten Schwester des Kaisers Wilhelm, entsprossen ist. Sie ist im Mai 1879 geboren. Der Erbprinz von Sachsen-Roburg und Gotha ist, wie bekannt, ein Vetter der Prinzessin Charlotte, da der Herzog von Sachsen-Roburg und Gotha ein Bruder der Kaiserin Friedrich ist. — Staatsminister v. Bütticher

ist von einem neuen schmerzlichen Familienereignis betroffen worden. Sein Neffe, der Regierungsdirektor Karl von Bütticher in Danzig, ist gestorben. Dieser Verlust trifft den Herrn Staatsminister um so empfindlicher, als er den Verstorbenen an Kindesstatt angenommen hatte, nachdem vor zwei Jahren sein ältester Sohn an Diphtheritis gestorben und sein jüngerer Sohn im vorigen Jahre, wie erinnerlich, den Tod des Ertrinkens gefunden hat. — Die Kabinetsordre, mit welcher der Kaiser das Abschiedsgeld des bisherigen kommandierenden Generals des 5. Armee-Korps v. Seckl genehmigte, hat folgenden Wortlaut: „Aus Ihrem Schreiben vom 15. Dezember vorigen Jahres erhebe ich zu meinem lebhaften Bedauern, daß Sie sich nicht mehr in dem Grade für Felddienstfähigkeit halten, wie dies Ihre Stellung erfordert. Ich vermag daher Ihrem Gesuche um Verabschiedung nicht entgegen zu sein und stelle Sie demgemäß mit der gesetzlichen Pension zur Disposition. Zugleich spreche ich Ihnen meinen königlichen Dank und meine warme Anerkennung für Ihre langjährigen, treuen, jederzeit bis in die höchste Kommandostufe hinauf bewährten vortrefflichen Dienste aus, was ich noch dadurch zum besonderen Ausdruck zu bringen wünsche, daß ich Sie à la suite des Infanterie-Regiments Graf Bülow von Dennewitz (6. weft.) Nr. 55 stelle und Ihnen hiermit die Uniform desjenigen Regiments wiederbeistehe, welches Sie während der Auszeichnung geführt haben. Mögen Ihnen in dieser Ehrenstelle noch viele glückliche Lebensjahre beschieden sein. Der glückliche Lebensabend und Wohlgegnenheit Ihres Königs, welcher auch Ihrer weiteren Wille, in der Stunde der Gefahr wieder Verwendung zu finden, gern eingedenk sein wird, dürfen Sie sich versichert halten. Berlin, den 23. Januar 1897. G. v. Seckl, v. Seckl.“

Wie das „Dresdener Journal“ mittheilt, wird von den Ministern für den 22. März die Ausräumung der öffentlichen Gebäude in Sachen angeordnet werden. In den Schulen werden Feiern stattfinden, und in den Kirchen wird am Sonntag vorher auf die Bedeutung des Tages hingewiesen werden. — Die Aenderung der Stellung der Bezirke in der Gewerbeordnung wird von der Regierung mit Eifer betrieben. In der neuesten Nummer der „Berl. kl. Wochenschrift“ schreibt Prof. v. Bergmann: „Der Ruf des deutschen Volkstages, heraus aus der Gewerbeordnung“ ist nicht ungehört verhallt. Es ist bekannt, daß der Minister der Reichsanlagen der durch die Vertreter der Bezirke vertretenen erweiterten wissenschaftlichen Deputation die Frage vorgelegt hat, ob nach den Erfahrungen der letzten 25 Jahre es rathsam erscheint, im Wege der Gesetzgebung die Bezirke aus dem Kreise der Gewerbetreibenden zu lösen, und daß diese Frage von der künftigen Körperhaft in der bestehenden Sinne entschieden worden ist. Den Wünschen der Bezirke ist ihr vorgeschlagenes Ministerium mit so großem Wohlwollen entgegengekommen, daß auf ihre endliche Anerkennung auch durch die übrigen Faktoren der Gesetzgebung gerechnet werden darf und in Analogie der Anwaltsordnung mit demnach auch eine deutsche Anwaltsordnung zu erwarten haben, und wie der § 6, Abs. 1, der Gewerbeordnung die anwaltliche und Notariatspraxis ausnimmt, er bald auch die Ausübung der Rechtskunde zu einer gleichen Ausnahme zählen wird.“ — Im Anknüpfung an den jüngsten Bundesverband landwirtschaftlicher Genossenschaften ist gestern die erste große Kornhausgenossenschaft für das Königreich Sachsen mit dem Sitz in Lobau gegründet worden. 82 Mitglieder sind derselben sofort beigetreten. — Die bayerische Regierung hat den Verzicht, an welchem das Wahlrecht des Freiburger Domkapitels für den erzbischöflichen Stuhl erlischt, verweigern lassen, ohne die ihr eingereichte Bitte der Kandidaten dem Kapitel zurückzugeben; damit geht das Recht der Ernennung des Erzbischofs an den päpstlichen Stuhl über. Dem Verger der kirchlichen Mächte nach zu urtheilen, scheint die Mission des Dr. v. Jagemann in Rom den regierungsfreundlichen Erfolg gehabt zu haben. — Ueber die kurz gemeldete Bekämpfung der ostpreussischen Sanowwirtschaftskammer, billige Darlehen zur zweiten Stelle an Gutsbesitzer aus der landwirtschaftlichen Darlehenskasse unter Garantie der Provinz künftighin zu machen, schreibt die „Nat. Lib. Corr.“: „Der Provinzialausschuß hat in seiner Sitzung am Montag von einer Vorlage des Landeshauptmanns auf Gewährung von Darlehen zur Wobrdung von Schulden Kenntnis genommen. Gleichseitig ist mit 7 gegen 6 Stimmen eine Befürwortung des Antrages der Landwirtschaftskammer gegenüber dem Provinziallandtage abgelehnt worden. Es handelte sich hierbei um einen Antrag, der oben bezeichneten Sachverhalt. Der Antrag geht dann also dahin, daß unter der Garantie der Provinz die landwirtschaftliche Darlehenskasse den Gutsbesitzern Darlehen zur zweiten Stelle zu billigen Zinssätzen und Amortisation geben soll. Der Provinzialausschuß scheint angegangen zu sein, diesen Antrag bei dem Provinziallandtage zu befürworten, und diese Befürwortung ist mit 7 gegen 6 Stimmen abgelehnt worden. Im Provinziallandtag dürfte der Antrag der Landwirtschaftskammer vielleicht mehr Gegenliebe finden.“

Deutschland.

Berlin, 30. Januar. Ueber den Begriff Börse und die freien Vereinigungen veröffentlicht der Reichsrath Dr. Hugo Alexander Rath eine Abhandlung (Berlin, Verlag von Paul Hüttig), in der eingehend und überzeugend nachgewiesen wird, daß die freien Vereinigungen keine Börsen im Sinne des Börsengesetzes sind. An diesen Nachweis knüpft der Verfasser folgenden Schlusswort:

„Die Meinung übereiferer Blätter, es genüge, zunächst einmal die freien Vereinigungen mit Polizeigewalt auseinanderzutreiben, wird an ausschlaggebender Stelle schon jetzt abgewiesen. Es wird dort scharf nicht übersehen, daß, wenn selbst alle früheren Börsenbesucher, speziell die Besucher von Produktbörsen an diese zurücktreten, sie nicht gezwungen werden können, an der Bildung des Börsenvorstandes durch Wahl von Mitgliedern desselben mitzuwirken, daß aber, wenn kein Börsenvorstand vorhanden ist, neben allen sonstigen Mängeln der Organisation auch

der Mangel einer amtlichen Preisfeststellung bestehen bleibt. Hier zeigt sich, daß Sinn und Geist des Börsengesetzes weitab von der Aufstellung sind, das Eingreifen der Staatsgewalt könne die Börsenorganisation schaffen. Die Grundlage der Börse, d. h. eben der nach dem Börsengesetz organisierte Börse ist allein der freie Wille ihrer Besucher, zu kommen und einerseits Geschäfte abzuschließen, andererseits aber der Organisation durch Wahl des Börsenvorstandes die feste Gestalt zu geben, die das Börsengesetz anstrebt. Ungerechnet, daß überdies noch andere Eingreifen der Staatsgewalt könne noch andere Folgen nach sich ziehen. Wie nicht entfernt vorausgegangen wurde, daß die Interessenten, welche der Ansicht sind, die Ausführung des Börsengesetzes mache ihnen das Börsengeschäft unnützlich und zwar vorzugsweise, man kann sagen, lediglich aus ethischen Gründen, und welche sich lieber pekuniäre Schädigungen aussetzen, um in freier Vereinigung ihre Geschäfte abzuschließen, so ist es nicht weniger als unbedenklich, daß sie, wenn sie auch in ihrer freien Vereinigung geblieben wären, keineswegs zur Börse zurückkehren, sondern ihre Geschäfte ohne diese Vereinigung von stontor zu stontor fortsetzen. Daß das lediglich einen gewaltthätigen herbeigeführten Rückschritt in der Kulturentwicklung bedeuten würde, der jedem Beteiligten, insbesondere aber und vor allem dem Produzenten schadet und niemandem nützt, wird jeder zugeben, der die einschlägigen Verhältnisse kennt, ob als über den Parteien stehender Beamter der Regierung, ob als Freund der Börse oder als deren Feind. Deshalb darf erwartet werden, daß bei der von der Kaufmannschaft und nicht bloß bei der direkt Betroffenen tief empfundenen Prägnanz des Kaufmannsstandes, der sich besonders in seiner Ehre verletzt sieht, an der rechten Stelle die rechten Maßnahmen getroffen werden. Die unglücklichen Opfer, welche dieser Stand an vielen Orten und besonders in Berlin mit Einmüthigkeit zur Wahrung seiner Ehre bringt, sind eine Thatsache, die nicht übersehen werden sollte und welche dazu auffordert, diesem nun genug geschmähten, durch Fleiß, Intelligenz und Ehrenhaftigkeit hervorragenden Theil der Bevölkerung zu gewähren, was der altpreussische Grundsatz fordert: suum cuique.“

Der Marine-Minister der hiesigen französischen Botschaft, Lieutenant z. S. Burckard, der vor einiger Zeit ein Duell mit dem Marine-offizier d'Alout in Paris ausgefochten und dabei eine Wunde im Arm davongetragen hat, ist, französisch Blätter zufolge, von seinem Posten in Berlin abberufen worden. Wie die „Post“ hört, war Lieutenant Burckard, obwohl verwundet, noch am Tage des Duells von Paris hierher zurückgekehrt, hatte aber bei seiner Ankunft ein Telegramm des französischen Marine-ministers vorgefunden, daß ihn beorderte, sich unverzüglich auf dem Ministerium zu stellen. Lieutenant Burckard hat der Aufforderung Folge geleistet und ist seitdem nicht wieder hierher zurückgekehrt.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 29. Januar. Gegenüber verschiedenen anderweitigen Nachrichten ist authentisch verlautbar, daß die Kaiserinmutter dieses Jahres in Totis in Ungarn stattfinden werden. Keine andere Persönlichkeit wird als Gast des Kaisers Franz Josef außer Kaiser Wilhelm den Kaiser, dem beizuhören.

Best, 29. Januar. Das „Amstblatt“ veröffentlicht die Ernennung des Grafen Gustav Wladimir zum Kommandeur des Bischofs von Siebenbürgen mit dem Recht der Nachfolge. Die Ernennung geschieht gemäß dem ungarischen Staatsrecht einzig und allein durch den König, nicht durch die römische Kurie.

Schweiz.

Bern, 29. Januar. Die Zoll-Einnahmen betrugen im Jahre 1896 46 269 000 Franks, gleich circa 3 000 000 Franks mehr als 1895 und 6 269 000 Franks mehr als im Budget für 1896 veranschlagt war.

Frankreich.

Paris, 28. Januar. Die Unterredung, die zwischen Murawiew und Delantol heute Morgen stattfand, bezog sich, wie verlautet, hauptsächlich auf die künftigen Angelegenheiten. Murawiew drückte seine Befriedigung darüber aus, daß heute unter allen Mächten, besonders zwischen Frankreich und England, ein völliges Einvernehmen über die Türkei gegenüber einzunehmende Haltung bestehe. Dem Vernehmen nach spielte der russische Minister auch auf die jetzt weitestgehenden Schwierigkeiten an, die sich zwischen Frankreich und England erhoben hätten. In den letzten Tagen des November hatte England auf ein russisches Schreiben Lord Salisbury geantwortet, der Sultan könne keine Reformen ausführen, weil es an den Mitteln zur Sicherung der regelmäßigen Bezahlung der Beamten fehle; überhaupt die finanzielle Lage sei der Kernpunkt des Ganzen. Delantol nahm in der That am 25. November einen ganz anderen Standpunkt ein, indem er dem russischen Gesandten erklärte, er betrachte die finanzielle Lage als eine Nebenfrage, die weniger die Regierung als die Finanzleute interessiere. Inzwischen hat Delantol seinen Irrthum erkannt, jedoch er sich mit Murawiew heute in voller Uebereinstimmung betreffs der orientalischen Angelegenheiten befand.

Paris, 29. Januar. Graf Murawiew begab sich um 5 Uhr Nachmittags zur Verabschiedung von dem Präsidenten Faure, bei dem er etwa dreiviertel Stunden verweilte.

Paris, 29. Januar. Die Deputiertenkammer genehmigte ohne Debatte ein zweites provisorisches Gesetz. — Bei der fortgesetzten Berathung der Zuckersteuer vorlage bekräftigt Berichterstatter Groux den Antrag Jaurès und sagte, die Zollkommission wolle die Abgabe nicht er-möglichen, aber zahlreiche Fabrikanten sind in Folge der Konkurrenz Deutschlands und Oesterreichs nicht in der Lage, Zucker zu exportieren. Das vorhandene Lager beläuft sich auf etwa 400 000 Tonnen. Der Antrag würde die Interessen der Landwirthe schädigen. Jaurès hält seinen Antrag aufrecht und hofft, die Kammer werde zeigen, daß sie nicht die Abgabe er-möglichen wolle. Ribot erklärt, der Antrag würde die Anwendung des Gesetzes auf ein Jahr verlegen zum Nachtheil der Landwirthe. Der Antrag Jaurès wird hierauf mit 252 gegen 241

Stimmen abgelehnt. Der erste Artikel der Vorlage, in welchem Ausfuhrprämien von 3,50 bis 4,50 Franks, je nach der Art des Zuckers festgesetzt werden, wird angenommen. An diesen Prämien nimmt der seit dem 1. September er-zeugte Zucker Theil. Der Artikel 2, durch welchen dem französischen Kolonialzucker ein abge-stufter Steuer-Erlaß zugestanden wird, wird ebenfalls angenommen. (Fortsetzung morgen.)

Griechenland.

Athen, 29. Januar. Durch ein Dekret wird die Schließung aller Fakultäten der hiesigen Universität während des ersten Semesters des akademischen Jahres angeordnet. — Die Universitätsgebäude werden noch immer besetzt gehalten.

Zur Arbeiterbewegung.

Dresden, 29. Januar. Die Eisenbahnarbeiter aus Dresden, Pirna, Bodenbach und anderen Orten beschloßen gestern in einer von mehr als 1000 Personen besuchten Versammlung, eine festere Organisation ins Leben zu rufen und für die Forderung auf Verbesserung der Löhne und der Arbeitsverhältnisse einzutreten.

Hamburg, 29. Januar. Die morgigen Versammlungen sollen die Fortsetzung des Streiks entscheiden. Hunderte von Streikenden versuchten, Nachts das an Bord gehen der für den Paketdampfer „Dalmatia“ ausgemauerten Seelen zu verhindern. Trotz eines starken Polizeiaufgebots fand dasselbe erst heute statt. Zehn namhaft gemachte arbeitswillige Schauerleute mußten polizeilich gefügigt werden.

Stettiner Nachrichten.

* Stettin, 30. Januar. Auf Angebote für den Neubau des großen Viehstalles auf dem hiesigen Viehhofe sind in der gestrigen Sitzung der Hochbau-Deputation 3 Aufträge erteilt worden: dem Maurermeister Bolckmann für Maurerarbeiten in Höhe von 21 240 Mark, dem Zimmermeister Hagena für Zimmerarbeiten in Höhe von 12 284 Mark, dem Schlossermeister Kiepert auf Schlosserarbeiten im Betrage von 6328 Mark und der Firma Gebr. Stühme für Lieferung von eisernen Trägern im Betrage von 5112 Mark.

In der gestrigen Versammlung des Gewerbevereins wurde beschlossen, an die königl. Polizeidirektion hierüber eine Petition zu richten um Erlass einer Verordnung, inwieweit deren die stehenden stöhlenden verpönt werden, eine Waage mitzuführen. — In einer zweiten Petition soll um Einführung einer polizeilichen Kontrolle für die Heu- und Strohzufuhr am hiesigen Markt er-lucht werden, da vielfach darüber Klagen erhoben worden ist, daß die Waage nicht als üblich angenommene Gewicht (bei den 10 und bei 20 Pf.) haben. — Auf eine Anfrage aus der Versammlung wurde mitgeteilt, daß auf eine Eingabe betreffend die Einführung einer richtigen Firmenangabe für Inhaber von offenen Käden ein abschlägiger Bescheid ergangen sei. Da man glaubte, von einem erneuten Vorgehen in der gleichen Richtung jetzt, nach dem Austritt des Gewerbes über den unzulässigen Wettbewerb, mehr Erfolg erwarten zu dürfen, so wurde der Vorstand ermächtigt, nochmals eine diesbezügliche Eingabe an die Polizeidirektion und, falls hier die Antwort abermals ablehnend ausfiele, an den Herrn Regierungspräsidenten zu richten. Es handelt sich bei der beregten Angelegenheit darum, daß jeder Firmennachhaber gehalten werden soll, auf dem Firmenschild zugleich seinen vollen Namen deutlich sichtbar anzubringen. Eine Verordnung dieser Art ist in Berlin bereits in Kraft. — Der F. H. Zimmermann legte unter Hinweis auf die von auswärtigen Firmen in hiesigen Wärdern veröffentlichten Offerten „billiger Zigaretten“ ein derartiges Produkt vor, wovon das Tausend mit 14 Mark angeboten wird. Die Gattung der „Zigarette“ — eigentlich ist es nur ein Zigarillo — besteht aus Schagab-fallen, das Umblat aus Strohpapier und die Decke aus „Alernäcker“. — Der Zimmermann unterbrachte den Vortrag des Vereins wegen Arbeitsüberhäufung niedergelegt und hat Herr Dr. Graumann dieses Amt übernommen.

In der gestrigen Sitzung des Verwaltungsraths der Stettiner Dampf-maschinen-Aktion-Gesellschaft wurde beschlossen, der General-Versammlung die Zahlung einer Dividende von 4 Prozent, gleich 60 Mark pro Aktie, für das Geschäftsjahr 1896 in Vorschlag zu bringen.

In Folge des fortgesetzten Steigens der Holzpreise sind seitens der hiesigen Stell- und Holzmacher-Zunft die Preise für Stettin-macher-Arbeiten um 10 Prozent erhöht. — Ueber den Nachlaß des am 25. d. Mis. hiesig verstorbenen Kaufmanns Fritz Pratorius, in jünger Karl Pratorius, ist das Konkurs-verfahren eröffnet worden. Verwalter der Masse ist Kaufmann H. Frige. Anmeldefrist: 20. März.

* Verhaftet wurden hier mehrere Personen, welche am letzten Sonntag in einem Schanklokal der Stettinstraße einen ständischen Antritt veranstalteten. Die angetrunkenen Leute zerlegten Stühle und Biergläser und warfen die Trümmer zum Theil auf die Straße hinaus.

* Auf dem heutigen Wochenmarkte wurden für Fleisch folgende Preise erzielt: Rindfleisch: Keule 1,40, Filet 1,60, Vorderfleisch 1,20 Mark, Schineinfleisch: Koteletts 1,40, Schinken 1,20, Bauch 1,20 Mark; Kalbfleisch: Koteletts 1,60, Keule 1,50, Vorderfleisch 1,20 Mark; Hammelfleisch: Koteletts 1,40, Keule 1,30, Vorderfleisch 1,10 Mark; geräucherter Speck 1,70 Mark pro Kilo. Geringere Fleischsorten waren 10-20 Pf. billiger.

* Für die Schifffahrt treibenden Leser sei mitgeteilt, daß das Leuchtfeuer auf der Bänke auf Fresendorfer Haken erfolgen ist und amtlicher Bekanntmachung zufolge vor Öffnung der Schifffahrt im Greifswalder Bodden nicht wieder angezündet wird. Auch die Leuchtfeuer auf dem Ruden sind für die Dauer des Winters gelöscht.

— Unter den See- und Küsten-fischern ist eine Agitation im Gange, welche auf eine Abänderung einzelner Bestimmungen der Novelle zu den Unfallversicherungsgeetzen abzielt. Namentlich wird die Schaffung einer eigenen Versicherungsanstalt für See- und Küstenfischer und zwar nicht als Anhang der See-Versicherungsgesellschaft verlangt. Außerdem wird die Zugehörigkeit von Vertrauensmännern aus den Kreisen der Fischer zu der Verwaltung der Anstalt, Verantwortlichkeit der Beiträge auch nach der Geschäftsbetreibung als Beitrag in der ersten Geschäftsklasse verlangt. Der Reichstag wird wohl Gelegenheit erhalten, sich mit diesen Wünschen zu befassen.

— Wenn es auffällig gefunden wird, daß nach den letzten veröffentlichten Erhebungs-ergebnissen der Raumgehalt der deutschen Seefischerei, der sich von 1889 bis 1895 stetig gehoben hat, von da an etwas zurückgegangen ist, so ist hervorzuheben, daß nach der Schiffsvermehrungsordnung vom 1. März 1895, welche am 1. Juli desselben Jahres in Kraft trat, der Netto-Raumgehalt der Seefische im Allgemeinen niedriger gemessen wird, als nach der früher geltenden. — Was übrigens die Fisch-, Kanal-, Dampf- und Küstenschiffe betrifft, für welche die letzte Statistik aus dem Jahre 1892 vorliegt, so dürfte für sie eine neue Erhebung noch im laufenden Jahre zu erwarten sein.

— Der preussische Landwirtschaftsminister hat an die Regierungspräsidenten der an der See gelegenen Bezirke einen Erlaß gerichtet, nach welchem in Zukunft, um einer Verwässerung der Fischereizwecke, Bezeichnung von Schon-revieren, Fischereigrenzen u. dergl. ausliegenden Seegewässern mit den im Interesse der Schifffahrt zur Bezeichnung des Fahrwassers, von Untiefe, Bracks u. s. w. ausliegenden Seegewässern vor-zuziehen, für die Fischereizwecke ein Anstrich von kornblumenblauer Farbe gewählt werden soll. Sind die Fischereizwecke mit Toppfarbe versehen, so ist diesen letzteren die Gestalt eines Kachles und Anstrich in Bronze-farbe zu geben.

— Wie uns soeben mitgeteilt wird, wurde gestern bei dem Gutsbesitzer Kemnade in Klein-Heinendorf ein Arbeiter aus Barnimslow erschossen in der Gestalt eines Kachles und Anstrich in Bronze-farbe zu geben.

— Im Konordia-Theater findet am morgigen Sonntag eine Vorstellung zur Nachfeier von Kaisers Geburtstag statt, zu welcher ein außerordentliches Programm aufgestellt ist, welches auch einen Fest-Prolog mit lebendem Bild bringt.

Am Montag wird wieder ein großer Maskenball veranstaltet, zu welchem vielfache Arrangements getroffen sind, von denen ein Kostümzug be-sonders hervorzuhelien ist.

Die „Sterne-Säle“, Wilhelmstr. 20, welche beabsichtigt Renovation einige Zeit geschlossen waren, werden morgen, Sonntag, mit einem Konzert der Artillerie-Kapelle wieder eröffnet, dieelben sind von Herrn G. Wajewitsch über-nommen.

Der Grenadier Emil Gustav Hermann Scheel der 7. Kompanie Grenadier-Regiments königl. Friedrich Wilhelm IV. (1. pom.) Nr. 2 ist, wie das königl. Gericht der 3. Division be-kannt macht, durch rechtskräftiges Kriegs-gerichtliches Erkenntnis vom 11./19. Januar 1897 wegen wissentlichen Meineids mit Ein-schluss der von ihm aus dem Kriegsgerichts-lichen Erkenntnis vom 2. November resp. 1. De-zenber 1896 zu verhängenden Strafe zu einer Gefängnisstrafe von 4 Jahren 6 Monaten Zucht-haus, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 2 Jahren und Entfernung aus dem Heere verurtheilt und für dauernd unfähig erklärt, als Zeuge oder Sachverständiger eidlich vernommen zu werden.

Der Vorkarbeiter B. Krause und die Arbeiter J. Wittchow und F. Werber, sämtlich aus Geseburg, haben am 4. November d. J. den Steuermann G. Bräuner vom Vaggon VI, den Matrosen F. Karstadt vom Vaggon VI, den Matrosen W. Birnig vom Dampftrahm IV und den Matrosen C. Krüger vom Dampftrahm I mit seinem Muth und eigener Lebensgefahr vom Tode des Ertrinkens gerettet; ferner hat der Schmiedelehring Gustav Kahl zu Leiz, Kreis Saargau, am 15. Dezember d. J. ein Kind des Arbeiters Griep ebenfalls selbst mit eigener Lebens-gefahr vom Tode des Ertrinkens gerettet. Diese Menschenfreundlichen Thaten werden seitens des Herrn Regierungs-Präsidenten mit dem Hinzufügen zur öffentlichen Kenntnis be-dacht, daß den Rettern eine Geldprämie be-willigt worden ist.

(Personal-Chronik.) In Stelle des verstorbenen Erbprinzen von Sachsen-Meiningen auf den 1. April 1897 bei einer Postanstellung zum kaiserl. Ober-Post-direktionsbezirks Bromberg, 3 Stellen als Land-briefträger. Rantion je 200 M., kann durch Be-förderungsbüro gebildet werden. 700 M. Gehalt und tarifmäßiger Wohnungsgeldzuschuß. Gehalt steigt bis 900 M. Die Stelle ist pensions-berechtigt; bei Festsetzung des Aufgebots wird die Militärbedienstzeit voll angerechnet. — Zum 1. Mai 1897 bei einer Postanstellung des kaiserl. Ober-Postdirektionsbezirks Bromberg, Stelle als Briefträger. Rantion 200 M., kann durch Be-förderungsbüro gebildet werden. 800 M. Gehalt und tarifmäßiger Wohnungsgeldzuschuß. Gehalt steigt bis 1500 M. Die Stelle ist pensions-berechtigt; bei Festsetzung des Aufgebots wird die Militärbedienstzeit voll angerechnet. — Zum 1. Februar 1897 in Demmin beim Amtsgericht, 2 Stellen als Kanzleischreiber. Je nach Fleiß und Brauchbarkeit 6 bis 8 Pf. für die Seite. Bei guter Qualifikation ist Ver-besserung bis zu 10 Pf. für die Seite zu er-warten. — Sofort in Schlopp beim Magistrat und der Polizei-Verwaltung, Stelle als Rath-

Erledigte Stellen.

(Erledigte Stellen für Militär-Anwärter im Bezirk des 2. Armee-Korps.) Zum 1. April 1897 bei einer Postanstellung zum kaiserl. Ober-Post-direktionsbezirks Bromberg, 3 Stellen als Land-briefträger. Rantion je 200 M., kann durch Be-förderungsbüro gebildet werden. 700 M. Gehalt und tarifmäßiger Wohnungsgeldzuschuß. Gehalt steigt bis 900 M. Die Stelle ist pensions-berechtigt; bei Festsetzung des Aufgebots wird die Militärbedienstzeit voll angerechnet. — Zum 1. Mai 1897 bei einer Postanstellung des kaiserl. Ober-Postdirektionsbezirks Bromberg, Stelle als Briefträger. Rantion 200 M., kann durch Be-förderungsbüro gebildet werden. 800 M. Gehalt und tarifmäßiger Wohnungsgeldzuschuß. Gehalt steigt bis 1500 M. Die Stelle ist pensions-berechtigt; bei Festsetzung des Aufgebots wird die Militärbedienstzeit voll angerechnet. — Zum 1. Februar 1897 in Demmin beim Amtsgericht, 2 Stellen als Kanzleischreiber. Je nach Fleiß und Brauchbarkeit 6 bis 8 Pf. für die Seite. Bei guter Qualifikation ist Ver-besserung bis zu 10 Pf. für die Seite zu er-warten. — Sofort in Schlopp beim Magistrat und der Polizei-Verwaltung, Stelle als Rath-

45.05. **Alkohol**, matt, per Januar 57.50, per Februar 57.25, per März-April 57.75, per Mai-August 58.50. **Spiritus**, matt, per Januar 32.00, per Februar 32.25, per März-April 32.75, per Mai-August 33.75. — **Wetter**: Nebelig.

Haare, 29. Januar, Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Hamburger Firma Weinmann, Ziegler & Co.) Kaffee Good average Santos per März 62.25, per Mai 62.75, per September 63.50. Unregelmäßig.

London, 29. Januar. An der Küste 3 Weizenladungen angeboten.

London, 29. Januar. 96proz. Zuckerrüben 11.25, ruhig. Rüben-Rohzucker loco 9 $\frac{1}{16}$, ruhig. Centrifugal-Rüben-

London, 29. Januar. Chili-Kupfer 51.12, per drei Monate 51.37.

London, 29. Januar, Nachm. 2 Uhr. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Markt schwach, schwindender gemischter amerikanischer Mais $\frac{1}{2}$ Sh. niedriger.

Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 36 610, Gerste 58 120, Hafer 123 670 Quartars.

Liverpool, 29. Januar. Getreidemarkt. Weizen 2 d., Mehl 6 d. niedriger, Mais unbedeutend.

Gl. 7 d. **St. Petersburg**, 29. Januar. Die Vorräthe von Mehl in den Stores belaufen sich auf 362 962 Tons gegen 347 630 Tons im vorigen Jahre.

Die Zahl der im Betriebe befindlichen Maschinen beträgt 80 gegen 77 im vorigen Jahre.

Newyork, 29. Januar. (Anfangskourse.) Weizen per Mal 81,25. Mais per Mai 29,75.

Newyork, 29. Januar, Abends 6 Uhr.

	29.	28.
Baumwolle in Newyork .	7 ⁷ / ₁₆	7 ⁷ / ₁₆
do. in Neworleans	6 ¹¹ / ₁₆	7,00
Petroleum (in Casks)	6,70	6,70

Standard White in New York	6,00	6,00
do. in Philadelphia	5,95	5,95
Pipe line Certificates	85,00	85,00
5 in a 12 Western Steam	4,15	4,15
do. Hope and Brothers	4,50	4,45
3 in 6 Fair refining Moscovados	2 ¹³ / ₁₆	2 ¹³ / ₁₆
Beizen fest.		
Rotter Winter's Ioto	93,00	93,37
per Januar	82,25	82,87
per März	83,25	83,87
per Mai	81,00	81,37
per Juli	78,50	78,87
Affee Rio Nr. 7 Ioto	9,75	9,75
per Februar	9,35	9,35
per April	9,40	9,40
Rehl (Griana Wheat (sear)	3,60	3,60

Rais fest,	29,00	28,50
per Januar	29,00	28,50
per Mai	30,25	29,75
per Juli	31,37	30,87
supper	12,00	12,00
inn	13,60	13,75
Betreibefracht nach Liverpool	2,75	2,75
Chicago, 29. Januar.		
	29.	28.
Weizen fest, per Januar . . .	73,00	73,12
per Mai	74,02	74,57
Rais fest, per Januar	22,37	22,00
ort per Januar	7,75	7,67½
ped short clear	4,12½	4,12½

Wasserstand.
* **Stettin**, 30. Januar. Im Meßer 5,40
Meter = 17' 2".

Schiffsnachrichten.
Hume, 30. Januar. Der neue Dampfer
"Hela", mit einer Beladung aus Indien hier
angekommen, erhielt auf Anordnung des Ministers
des Innern nicht die Erlaubniß zum Anlaufen

musste deshalb das Schiff nach Triest ab-
ampfen, wo es in Quarantäne gelegt wurde.

Telegraphische Depeschen.

Pest, 30. Januar. Die ungarische Regie-
rung hat einen neuen Cheque-Gesetzentwurf aus-
gearbeitet und wird denselben in nächster Zeit
in das Parlament einbringen. Die gesetzliche Rege-
lung des Cheque-Wesens wird in beiden Reich-
theilen nach gleichen Grundgesetzen erfolgen.

Paris, 30. Januar. Der „Gaulois“ er-
klärt, daß Hanotaux mit dem Grafen Murawiew
über die türkische Angelegenheit vollständig über-

genommen. Insbesondere wurde über folgende Punkte Klarheit geschaffen: Erstens, die Integrität des osmanischen Reiches; zweitens, keine isolierte Handlung weder von Frankreich, noch von Rußland; drittens, ein Konbominium (Mitherrschafft); viertens, dem Sultan die unentbehrlichen Reformen abzugewinnen.

Madrid, 30. Januar. In den baskischen Provinzen verbreiten die Karlisten ein Manifest, welchem sie die Bevölkerung auffordern, sich gegen die Regierung, welche den Kubanern die illegalen Privilegien (Zueros) zugebilligt, die sie ihnen nach blutigem Kampfe entreissen haben, zu wehren. Mella erklärte einem Journalisten, Joseph Don Carlos den Befehl zum Aufstande

nen würde, die Karlisten marſchbereit wären. **Madrid**, 30. Januar. Die Seuche des Choleraſtiches greift in der Provinz Valencia um. Die Regierung hat mehrere Geſundheits-Inspektoren nach Alcañiz enſandt, um die Seuche eiligſt zu bekämpfen.

Saragoffa, 30. Januar. Die Karliſtiſche Bewegung hat in den nördlichen Provinzen Spaniens einen bedenklichen Charakter angenommen. Die Caracillas, welche ſich im letzten Kriege ausgezeichneten, haben ſich ſeit drei Monaten in jeder Woche mehrere Male in Geheimen verſammelt und ſollen entloſen ſein, die äußere kritiſche Lage Spaniens dazu auszunutzen, um einen

ausstreichen im Innern auszuführen. Der
Carlos, welcher in Venedig wohnt, steht
ihnen in reger Korrespondenz. Der Marquis
tralleo und der Abgeordnete Mella stehen an
die Spitze der Bewegung. Bedenklich scheint
der Austritt des kaiserlichen Generals
regia aus der Armee.

Warschau, 30. Januar. Nächste Woche
steht hier Fürst Smeritzki ein.